



Seit 10 Jahren am Steuer: Omnibusfahrer Werner Küppers. Foto: Gerhard Walser

◀ zurück 1 / 2 weiter ▶

EMMENDINGEN. Am Mittwoch stand er etwas Abseits in der Landvogtei, heute wird er auf dem Marktplatz wohl für mehr Aufsehen sorgen: Der "Omnibus für direkte Demokratie in Deutschland", dessen Initiatoren für mehr Volksabstimmungen werben. Der umgebaute weiße Berliner Linienbus einer aus einem Kunstprojekt von Joseph Beuys entstandenen Bürgerinitiative tourt bereits seit 1987 jährlich durch rund 100 deutsche Städte.

Seit zehn Jahren schon sitzt Werner Küppers am Steuer des nostalgischen Gefährts mit den ausgesessenen roten Plastikledersitzen. Der "Omnibus-Fahrer", wie sich der 61-Jährige selbst bezeichnet, hat Beuys, den Aktionskünstler und Spiritus-Rector der Initiative, in Düsseldorf selbst kennen gelernt. Bei der Documenta 1972 in Kassel entwickelte der Kunstprofessor seine Idee von der "Organisation für direkte Demokratie durch Volksabstimmung" – "Das hat bei mir das Samenkorn gelegt", erinnert sich Küppers.

Zusammen mit zwei Mitarbeitern sucht der Busfahrer in seinem schwarzen Ledermantel an diesem verregneten Vormittag das Gespräch mit den wenigen Passanten. Kaum einer will stehen bleiben. Küppers nimmt's gelassen. Drei bis fünf intensive Gespräche sind ein gutes Ergebnis, "und am Abend ist man dann doch meist zufrieden". Die Beharrlichkeit zahlt sich aus: Immerhin schon mehr als 250 000 Menschen haben die 2006 gestartete "Aktion Volksabstimmung" mittlerweile mit ihrer Unterschrift unterstützt.

Die Initiative, ein selbstverwaltetes kulturelles Unternehmen in der Betriebsform einer gemeinnützigen GmbH, besteht derzeit aus 30 Mitarbeitern und finanziert sich über einen bundesweiten Förderkreis, dem 3000 Mitglieder angehören. Auf der Tour durch das Ländle sammeln Küppers und sein Team nun Unterschriften für "faire Volksabstimmungen in Baden-Württemberg".

Ob das Thema Stuttgart 21 das Werben für mehr direkte Demokratie beflügelt? Der Omnibus-Fahrer glaubt eher an das Gegenteil: "Sobald man darüber spricht wird die Sache konfrontativ und sehr emotional". Das geplante Referendum im November über den Ausbau des Stuttgarter Bahnhofs nennt er eine "von-oben-Variante", die zudem mit einer verdreht

formulierten Fragestellung für Verwirrung Sorge. Dennoch hätten die Regierenden aus Stuttgart 21 die Lehre gezogen, "solche Megaprojekte nicht mehr am Bürger vorbei durchzusetzen".

Der "Blankovollmacht durch Wahlen" an die politischen Parteien will die Bürgerinitiative das eigene Modell einer bundesweiten Volksabstimmung gegenüber stellen, wie sie in Artikel 20 des Grundgesetzes auch vorgesehen ist. "Das ist bis heute un geregelt", ärgert sich Küppers, der den dafür nötigen langen Verfahrensweg ausführlich erläutert. Immer wieder erwähnt er das Beispiel Schweiz, die mit ihrer Tradition des Plebiszits stets gut gefahren sei. Küppers betreibt auch in Emmendingen dafür Grundlagenarbeit. "Die Gespräche sind das Wichtigste", sagt er. Die "Ansprache auf Augenhöhe mit den Mitbürgern" sucht er auch heute von 9.30 bis 18 Uhr auf dem Marktplatz wieder, bevor sein Bus weiterfährt.